



Vor dem Prozeß =
Nach dem Prozeß ?

Kontakte:

Prozeßgruppe Brokdorf c/o
Paulsen, Arentsee,
2211 Brokdorf, Tel. 04858/538
Spendenkonto: 104/054498
Verbandssparkasse Wilster
Stichwort: Brokdorf-Prozeß

Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU
Hamburg c/o Laden, Lutteroth-
str.33, 2000 Hamburg 19,
040/402782

DAS AKW WIRD NICHT IM GERICHT, SONDERN IN BROKDORF VERHINDERT!

Stellungnahme zur Ab- weisung der Klage

Vollständiger ungekürzter Text der Er-
klärung von Bürgermeister Sachse
in der „Tagesschau“ vom 14.12.1979

Die beklagte Landesregierung und die beige-
ladenen Betreiber im Brokdorf-Prozeß triumphie-
ren über dieses Urteil und sind nun überzeugt,
daß wir, die betroffene Bevölkerung, mit diesem
Gerichtsentscheid völlig unbesorgt und sicher
neben dem Kernkraftwerk Brokdorf leben könnten.
Wie tröstvoll und beruhigend nach den 6 Jahren
der leidenschaftlichen Auseinandersetzung!?

Wir tun uns mit dieser Abweisung der Klage sehr
schwer, weil wir in einem ungleichen Kampf mit
sehr beschränkten personellen und finanziellen
Möglichkeiten uns fast bis zur physischen
Erschöpfung um unsere Lebensrechte bemüht haben
und in keinem Punkt unserer Klage von deren Un-
bedenklichkeit überzeugt wurden.

Ich hielt es darum einfach für undenkbar, daß
das Gericht die beklagten Landesbehörden in
allen unseren Befürchtungen entlasten könnte!
Nach der massiven Einmischung in dieses Ver-
fahren durch Bundeskanzler, Ministerpräsidenten,
Industrie, Gewerkschaften und Medien war aller-
dings kein Urteil zu unseren Gunsten mehr zu
erwarten. Auch die im Prozeß von der Gegenseite
aufgesagten und nicht zurückgewiesenen menschen-
verachtenden Formeln über die Aufgaben und Funk-
tionen einer Gemeinde ließen ebenfalls nichts
Gutes ahnen. Die eigentlich Betroffenen und Be-
klagten waren in diesem Hauptverfahren eher die
Richter und die X. Kammer selbst, die von der
beklagten Landesregierung und den Betreibern
immer wieder ganz ungeniert aufgefordert wurden,
ihre sogenannten Fehlurteile von vor drei Jahren
zu reparieren. Daß wir ausgerechnet in diesen
zwei Vorverfahren mit der Begründung auf die
mangelhafte Entsorgung in unseren Rechten be-
stätigt wurden, und jetzt im Hauptverfahren in
allen Punkten, also auch der gegenwärtig noch
fragwürdigeren Entsorgung, unterlegen sind, ist
schon ein Stück bemerkenswerter Justizgeschich-
te.

Der Weg von der Straße in den Gerichtssaal, auf dem ich um der Rechtsstaatlichkeit willen mit meiner Gemeinde vorangegangen bin, ist uns nun im Bereich der Bundesrepublik wohl für alle Zeiten verwehrt. Damit ist der juristische Kordon der Gerichte um das Kernenergieprogramm der Industrie und der Regierung geschlossen und wird damit die mißtrauischste Gruppe unserer Bevölkerung vollauf bestätigt, die da sagt: Ihr könnt hundertmal im Recht sein, die da oben legen euch am Ende doch auf den Bauch! Ob die allseits erwartete Berufung der Einzelkläger im Gerichtssaal oder vor dem Brokdorfer Zeun stattfinden wird, das muß man der betroffenen Bevölkerung, für die wir stellvertretend in Schleswig standen, nun selbst überlassen.

Kostproben aus der Gerichtsverhandlung

Erinnerungsnotizen von Bürgermeister Sachse

Landschaftsschutz berufen. Die Behörden haben für die Einhaltung der Normen zu sorgen und sind Rechenschaft schuldig. Wenn Tausende Bürger mit ihren Einzelsvorstellungen zum Umweltschutz eingriffen: Gott bewahre uns davor!!"

Dr. Schattke "Die Entsorgung ist keine Bedingung der 1. Teilerrichtungsgenehmigung, sondern eine Ermessensfrage."

Dr. Schattke "Die Kläger haben keinen Rechtsanspruch darauf, daß Gorleben gebaut wird."

Dr. Busch Die Gemeinde ist allenfalls für ihren Gebietsbestand verantwortlich und klageberechtigt, aber nicht für ihren Bevölkerungsbestand.

Betreiber-Rechtsanwalt Kuhnt Ich verstehe sehr gut den Kampf von Herrn Sachse. Seine Sorge ist eine politische, da müßten die Gesetze geändert werden. - Ich halte den Vergleich des Risikos zum Straßenverkehr auch nicht für ehrlich."

Als Helmut Häuser Prof. Steinfeld vergeblich nach dessen Berechnungsunterlagen für die Pfahlgründung fragt, beruft sich dieser auf seine langjährige praktische Erfahrung und die Wirtschaftlichkeit seiner Prüfung; denn auf diese Weise hoffe er auch in Zukunft noch entsprechende Aufträge zu erhalten.

Für Herrn Handge von der Gesellschaft für Reaktorsicherheit gibt es "keinen Traumstandort in der Bundesrepublik für ein Kernkraftwerk".

Tischrunde in einer Verhandlungspause:

Prof. Zerna und Assistent und 2 Herren von der Betreiberseite.

Als zum Kaffee auch ein Cognac spendiert wird:

"Oh, wir werden ja direkt verwöhnt!" - "Sie haben so gut für uns gekämpft" - (Anmerkung der Redaktion: Es handelt sich hier um neutrale, unabhängige wissenschaftliche Gutachter des Gerichts ...) - "wenn wir uns noch gegenseitig in die Plünnen kriegen, dann sind wir ja ganz übel dran." - "Grüßen Sie Karlchen!"

TÜV Auf die dringliche und unbequeme Frage nach den Folgen eines stetigen Kühlwasserverlustes: "Dann ist die Anlage nicht mehr zu retten!"

TÜV "In deutschen Kernkraftwerken sind tatsächlich keine die Struktur beeinflussenden Risse (im Druckbehälter etc.) bekannt."

TÜV Es gibt zwar eine vierfache Redundanz des Notkühlsystems (das bedeutet eine vierfache Auslegung), aber keine vierfache Notkühl-Sicherheit.

Dr. Schattke (Ministerium) "Der TÜV ist eine Selbsthilfe-Organisation der Wirtschaft."

Dr. Schattke "Die gebräuchliche Formulierung, der Schutzzweck (des Atomgesetzes) geht dem Förderzweck vor, gilt so allgemein nicht. Der Förderzweck steht auch im Atomgesetz vor dem Schutzzweck."

Dr. Schattke In dem ganz niedrigen Strahlungsbereich, also nur im Bereich des Gefahrenverdachts, zählt das Zivilisationsrisiko der Kernenergie eher zum allgemeinen Lebensrisiko.

Dr. Schattke Parallel zur Langzeitentwicklung eines Strahlenkrebses gibt es auch einen Reparaturmechanismus des Körpers.

Dr. Busch (Vertreter des öffentlichen Interesses) "Gemeinden können sich nicht auf den Natur- und

Der in Info Nr.7 angekündigte Leserbrief der SPD Wewelsfleth zum Info Nr.6 entfällt nach Rücksprache mit U. Pahl.

Gerichtsbeschluß für die Atomindustrie

Eigentlich wollten wir an dieser Stelle darstellen, welche Konsequenzen die Situation vor der Abweisung der Klage für unser Verhalten hatte.

Die Situation von damals ist kurz umschrieben: Das Gericht setzt sich nicht mit unseren Argumenten auseinander, da es unsere Beweisanträge samt und sonders und ohne inhaltliche Begründung abgelehnt hat. Es hat sich damit praktisch auf die Seite von Betreibern und Genehmigungsbehörde geschlagen, da es nur den formalen Rahmen ausgefüllt hat, der ihm immer wieder in den Beiträgen der Gegenseite abgesteckt wurde. Die Bekanntgabe der Klagenabweisung hat diesen Zustand nun weiter zugespitzt.

Der politische Zusammenhang der Gerichtsentscheidung

Die Atomindustrie sitzt in der Klemme, denn sie hat seit Jahren keine neuen Aufträge bekommen und muß fürchten, daß ihr die Spitzenkräfte weglaufen, da sie keine Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten mehr sehen.

Riesige Produktionskapazitäten liegen brach, so daß das investierte Kapital keinen Gewinn bringt. Die Atomindustrie braucht jetzt sehr bald Aufträge, oder sie muß aufgeben.

Aufträge bedeutet: klare politische und juristische Bedingungen für die Weiterführung des Atomprogramms.

Wohlgemerkt: In diese Klemme ist die Atomindustrie nur durch den unterschiedlichen Widerstand der AKW-Gegner gekommen!

Die politischen Bedingungen: Nachdem man die Anti-AKW-Bewegung mit Baustopps (Wyhl, Brokdorf) etwas beruhigt hat, die Kriminalisierung der entschiedensten AKW-Gegner vorangetrieben hat (Verurteilung der Grohnde-Demonstranten, Einschüchterung u. a. mit Geldforderungen für Polizeieinsätze) und viele sich von der eigenständigen Aktion auf die Parlamente umorientierten (Grüne, Bunte und Alternative Listen), glauben die Politiker jetzt freie Hand zu haben für die Fortführung des Atomprogramms.

Dies drückt sich in dem "Beschuß der Regierungschefs von Bund und Ländern zur Entsorgung der Kernkraftwerke vom 28. September 1979" aus: Hier wurde beschlossen, den Atommüll "zwischenzulagern". Dabei weiß kein Mensch, wie man das Zeug auf dauer verwahren kann! Es wurden Sachzwänge geschaffen.

In einem dem Beschluß zugrunde liegenden Papier des Staatssekretärsausschusses finden sich Planungen für 53 000 megawatt Akw-Leistung bis zum Jahr 2000; der bis dahin aufgetürmte Atommüll (abgebrannte Brennelemente) beläuft sich demnach auf 15 285 Tonnen (heute: 247 Tonnen!). Das ursprüngliche Atomprogramm vom Oktober 1976 (1. Demo in Brokdorf) ist also nicht einmal gekürzt worden, sondern lediglich um 15 Jahre gestreckt worden.

Der SPD-Bundesparteitag hat mit seinen Beschlüssen diesen Planungen keine Hindernisse in den Weg gelegt!

Die juristischen Bedingungen: Das Verhalten der Gerichte hat bisher nicht 100%ig in die Durchsetzung des Atomprogramms gepaßt, denn die Gerichte haben oft durch aufwendige Ermittlungsverfahren (Einholen von Gutachten, inhaltliche Erörterung) lange Verzögerungen in einige Projekte gebracht (Esensham, Wyhl).

Das soll jetzt ein Ende haben, die Gerichte sollen nur noch formal überprüfen, ob die Behörde sich bei der Erteilung der Genehmigung an die u.a. von der Bundesregierung vorgegebenen "Spielregeln" gehalten hat.

So ein Verfahren geht natürlich sehr schnell und die Argumente der Akw-Gegner spielen keine

Rolle mehr. Schon seit einiger Zeit wird von Politikern und Betreibern auf die Gerichte Druck in diese Richtung ausgeübt; zuletzt Helmut Schmidt in der Bundestagsdebatte zur Atomenergie.

Ein Grundsatzurteil zur Ablehnung aller Beweisanträge in allen AKW-Gerichtsverfahren

Diesem Druck ist das Schleswiger Gericht auch gewichen und wir sehen das als einen historischen Schritt und ein "Grundsatzurteil" in dieser Richtung (Ablehnung aller Beweisanträge).

Mehr noch:

Durch die mündliche Bekanntgabe der Klagenabweisung hat das Gericht den Betreibern und Politikern einen eindeutigen Wink gegeben, daß sie vom Gericht keine Hindernisse zu erwarten haben. ("Normalerweise" wird ein Urteil entweder in mündlicher Verhandlung verkündet oder schriftlich zugestellt und in beiden Fällen begründet.) Die Betreiber können weiterbauen und es gibt keine juristische Möglichkeit, das zu verhindern, da das Urteil noch nicht "verkündet" ist.

Die Landesregierung muß sich nur noch bei der Bundesregierung, der Opposition und dem Hamburger Senat absichern und kann dann weitermachen (weitere Teilgenehmigungen erteilen). Diese politische Absicherung wird in der aller-nächsten Zeit laufen.

Konsequenzen für unser Handeln

Wir müssen uns auf den drohenden Weiterbau einstellen, indem wir uns auf einen ebenso unterschiedenen, aber langfristigen Widerstand einstellen, wie vor 3 Jahren. Mit Demonstrationen allein wird es nicht getan sein.

Auf der gerichtlichen Ebene haben wir in der jetzigen Situation keine Chance, etwas zu erreichen.

Zum weiteren Widerstand werden verschiedene Vorstellungen diskutiert, die im folgenden zum Teil dargestellt sind.

Brokdorf-Prozeßgruppe der BUU Hamburg

Langfristiger Widerstand in Brokdorf und anderswo

Als am letzten Sonntag das Urteil im Brokdorf Prozeß fest stand, setzten sich die Kläger und die Prozeß-Gruppe zusammen und besprachen das weitere Vorgehen. Nach langer Diskussion stimmten alle überein, eine Demonstration am Bauplatz durchzuführen. Damit soll gezeigt werden, daß die betroffenen Menschen nicht bereit sind das Urteil zu akzeptieren, das den Interessen der Atomindustrie entspricht.

Die Unfälle in Brunsbüttel und die Katastrophe in Harrisburgh haben allen Menschen und auch den Gericht gezeigt, daß es keine Sicherheit für AKWs gibt. Daß trotzdem dieses Urteil gefällt wurde macht deutlich in welchem Namen das Gericht spricht. Aus diesen Gründen können wir uns auf das Gericht nicht verlassen. Wir müssen selbstständig unsere Interessen wahrnehmen und anfangen die Auseinandersetzung um das AKW Brokdorf neu zu führen.

Mit Verwunderung konnten wir kurz nach dem Gerichtsurteil aus der Presse erfahren, daß die Kläger in die nächste Instanz zum OVG- Lüneburg gehen. Diese Frage ist zur Zeit noch vollständig offen und wird sogar von einem Teil der Kläger und der Prozeß-Gruppe abgelehnt.

Auch im Autonomen Plenum in Hamburg wurde über den weiteren Widerstand gesprochen. Während ein Teil des Plenums eine Großaktion mit Bauplatzbesetzung für möglich hält (so auch Göttingen und Bremen) sehen andere zur Zeit darin keinen Sinn. Im Zusammenhang von Großaktionen und unabhängig davon, muß die Frage von Sabotageaktionen diskutiert und durchgeführt werden. Denn nur wenn wir die Atomindustrie und ihre Befürworter mit allen Widerstandsformen bekämpfen werden wir langfristig Erfolg haben.

Damit diese Fragen so schnell wie möglich diskutiert und in Aktionen umgesetzt werden, schlagen wir ein Bundesweites- Arbeitstreffen Mitte Februar in Wilster vor. Sollte vor dem Arbeitstreffen die Bauarbeiten in Brokdorf beginnen, halten wir eine Großaktion am ersten oder zweiten Wochenende nach Baubeginn für notwendig.

einige Leute aus dem Plenum

KEIN AKW IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO!